

**Betreff:**

Volle Beitragsfreiheit für Eltern und Entlastung der Kommunen bei Kitagebühren  
- Antrag der CDU vom 14.09.2017 -

**Antragstext:**

Die Landesregierung hat am 24. August 2017 ein neues Konzept zu den Kindergartenbeiträgen vorgestellt. Das Konzept sieht eine Beitragsbefreiung aller drei Kindergartenjahre vor. Bisher werden Eltern im letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt im Umfang von 5 Stunden beitragsfrei gestellt. Ab dem Kindergartenjahr 2018/2019 weitet die Landesregierung das auf 6 Stunden pro Tag aus und stellt von 3 Jahren bis zum Schuleintritt den Umfang von 6 Stunden pro Tag beitragsfrei. Dies bedeutet nach Berechnung der Landesregierung bei einem dreijährigen Kindergartenbesuch und einem Kindergartenbeitrag im landesweiten Durchschnitt von 135,60 Euro für 6 Stunden Betreuung täglich eine durchschnittliche Entlastung der Eltern von 4.880 Euro in drei Kindergartenjahren. Die Befreiung setze voraus, dass - wie derzeit - die Kommunen das Angebot des Landes annehmen.

*Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:*

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden begrüßt, dass von der Landesregierung erhebliche finanzielle Mittel zur Entlastung der Elternbeiträge im Elementarbereich zur Verfügung gestellt werden.
2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass das Land 86 Mio. Euro an Bundesmitteln ungeschmälert an die Kommunen für den weiteren Ausbau der Betreuungsplätze weitergeben will und zusätzlich jährlich 50 Mio. Euro aus Landesmitteln für die weitere Verbesserung der Qualität zur Verfügung stellt.
3. Der Magistrat wird aufgefordert zu Punkt 1 zu berechnen, in welcher konkreten Höhe eine Gegenfinanzierung der Landesinitiative über den kommunalen Finanzausgleich erfolgen soll und in welcher Höhe trotzdem für Wiesbaden ein positiver finanzieller Saldo verbleibt.
4. In der LH Wiesbaden sind derzeit schon ca. 85 % der Kinderbetreuungsplätze im Elementarbereich Ganztagesplätze. Der Magistrat wird gebeten vor diesem Hintergrund zu prüfen, wie die beitragsfreie Betreuungszeit von 6 Stunden täglich im Ganztagsbereich berücksichtigt werden kann. Der bedarfsgerechte Ausbau aller Betreuungsplätze in Wiesbaden unter Weiterentwicklung der Betreuungsqualität soll dabei berücksichtigt werden.
5. Der Magistrat wird gebeten zu Punkt 2 Auskunft zu erteilen, in welcher Größenordnung er die genannten Landesmittel abzurufen gedenkt und wie sie investiert werden sollen.
6. Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie über den weiteren Fortgang zu berichten.

Wiesbaden, 14.09.2017

Bernhard Lorenz  
Fraktionsvorsitzender  
(CDU-Fraktion)

Ralf Wagner  
Fraktionsreferent